

Vorlage Nr. 6/2023		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes Beschäftigte:r in der Informations- und Kommunikationstechnik für die Abteilung Infrastruktur des Betriebes für Informationstechnologie

A Problem

IT-Sicherheit gewinnt heute immer mehr an Bedeutung, sowohl für die Verwaltung als auch in der Wahrnehmung der Bürger:innen. Dieser Umstand wird unter anderem verdeutlicht durch die Aufstellung der Großen Arbeitsgruppe Cybersicherheit im Lande Bremen.

(Cyber-)Angriffe auf Daten, IT-Strukturen und -Dienstleistungen von Kommunen, Städten oder Landkreisen sind heute keine Seltenheit mehr. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) stellt aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eine erhöhte Bedrohungslage sowie eine ohnehin angespannte Gesamtbedrohungslage fest. So werden sowohl in breit angelegten Kampagnen als auch auf ausgewählte Einrichtungen Angriffe gezielt durchgeführt. Bekannte Beispiele dafür sind der Angriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld in 2021 oder der selbstgewählte Shutdown der Stadt Potsdam, aufgrund eines drohenden Cyberangriffes, zum Jahreswechsel.

Neben dem im Aufbau befindlichen Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) muss auch eine ganzheitliche Betrachtung der IT-Sicherheit gewährleistet werden. Diese umfasst weit mehr als den Einsatz von Hard- und Softwarelösungen zum Schutz der Daten und IT-Infrastruktur wie Firewalls, SPAM-Filter oder Antiviren-Programme, sondern muss sich auch mit dem Erkennen und Abwehren von Schwachstellen und Angriffen befassen.

Der BIT baut im Rahmen der anstehenden Reorganisation ein Team "Sicherheit und Infrastruktur" von insgesamt sechs Sachbearbeiter:innen auf, um den neuen gewachsenen Anforderungen an IT-Sicherheit gerecht werden zu können. Zur Aufgabenwahrnehmung wird neben den fünf Bestandskräften ein:e weitere:r Beschäftigte:r in der Informations- und Kommunikationstechnik benötigt, die:der die informationstechnischen Schwachstellen des Magistrats Bremerhaven analysieren, Angriffe erkennen und abwehren und den oben beschriebenen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und implementieren soll.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt zur Gewährleistung der IT-Sicherheit die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes Beschäftigte:r in der Informations- und Kommunikationstechnik (Entgeltgruppe 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Betrieb für Informationstechnologie.

Zum Haushalt 2024/2025 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf der Grundlage der Personalhauptkosten 2022 entstehen laufende Personalkosten in Höhe von ca. 80.500 € pro Jahr.

Die Finanzierung erfolgt durch den Betrieb für Informationstechnologie.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung/Abstimmung

Im Rahmen der Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit nach dem BremIFG

Keine, eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt zur Gewährleistung der IT-Sicherheit die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes Beschäftigte:r in der Informations- und Kommunikationstechnik (Entgeltgruppe 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Betrieb für Informationstechnologie.

Zum Haushalt 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

Melf Grantz
Oberbürgermeister